



Aus der Tiefe des ländlichen Raumes

„Unabhängige“ machen der CDU zunehmend Konkurrenz. Plattform für Protestwähler.

► GERARD PETERS

Die CDU, „Staats- und Regierungspartei“ in manchen Kommunen, schwächt. Denn die Union kann nicht mehr wie selbstverständlich die Wähler aus dem bürgerlichen Lager an sich binden. Ernsthafte Konkurrenten sind (wieder) die FDP und immer stärker die „Unabhängigen“, die bundesweit als „Freie Wähler“ und hierzulande als UWG oder UB firmieren.

Beispiel Gangelst: Bei der Kommunalwahl 2004 kam die CDU auf 66,1 Prozent der Stimmen nach 74,5 Prozent 1999. Die FDP schaffte dagegen vor fünf Jahren mit 10,8 Prozent aus dem Stand heraus den Sprung in den Gemeinderat. Und nun wildert die UB-Fraktion, von den CDU-abtrünnigen Gemeinderatsmitgliedern Heinz Huben und Gerhard Löder aus dem Boden gestampft, im Revier der Union.

Es bestehen durchaus Chancen, dass die UB nach dem Urnengang am 30. August in den Gangelster Rat kommt.

Da die lokalen Liberalen vom bundesweiten Aufwärtstrend der FDP profitieren dürften, könnte die kommunale Wählerbasis der CDU weiter abschmelzen.

Zunächst sind die UWGs nichts weiter als eine Plattform für konservative Protestwähler, die aus – politischen und meist auch persönlichen Gründen – der CDU ihre Stimme verweigern. Die „Parteifreien“ kommen

aus der Tiefe des ländlichen Raumes, wie es insbesondere das Beispiel Bayern zeigt. Sie profilieren sich zunächst, indem sie sich kleiner lokaler Probleme annehmen. Eine Initialzündung kann aber auch ein Top-Thema wie die K3-Trassenführung in Gillrath sein; die CDU lässt den Konflikt unnötig eskalieren, das örtliche Protestpotenzial bündelt sich in einer Bürgerinitiative und schließlich wandern auch Christdemokraten zu den „Unabhängigen“, in diesem Fall der „Freien Bürgerliste“ in Geilenkirchen, ab.

Populismus statt Programm

Den „Unabhängigen“ fehlt zunächst ein klares Programm, als Ersatz reicht zunächst eine populistische Anti-Haltung gegen „die da oben“. Und ohne zentralistische Parteiorganisation bieten sich den UWG-Aktivisten durchaus mehr Möglichkeiten, sich politisch zu entfalten. Das ist nicht nur gut für das eigene Ego, sondern vor Ort auch äußerst öffentlichkeitswirksam: Die Akteure präsentieren sich als bürgernahe Alternative zur Union. Dann kann auch klassisches Kirchturmsdenken politisch nicht schädlich sein, wenn die UWG im Ort A eine Umgehungsstraße fordert, die die UB im Dorf B strikt ablehnt.

Und das zeigt auch das Dilemma der „Freien Wähler“ auf.

Sobald sie überregional präsent sind oder in einer Koalition politische Entscheidungsgewalt haben, verlieren sie ihren Rebell-Charme. Aus der Anti-Partei wird eine etablierte Partei mit einem bindenden Programm und einer zentralen Organisation.

Es mag durchaus erfreulich sein, dass die „Unabhängigen“ die traditionelle Parteienlandschaft in der Mitte und rechts von der Mitte aufmischen, wie es im linken Spektrum die alte Tante SPD durch Grüne und Die Linke leidvoll erfahren hat. Doch die Zersplitterung des Parteiengefüges kann mittel- und langfristig nicht von Nutzen für dieses Land sein.

Es droht zwar keine „Weimaranisierung“ wie in den 20er- und 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, doch parlamentarische Mehrheiten lassen sich künftig schwerer beschaffen.

Das bedeutet auf der kommunalpolitischen Ebene, dass die auch nach der NRW-Gemeindeordnung herausragende Machtstellung der Bürgermeister weiter zementiert wird. Die ohnehin schon beeinträchtigte Balance zwischen Verwaltung und Rat wird weiter beschädigt. Und durch Bürgerversammlungen oder Bürgerbefragungen lässt sich das nicht reparieren. Denn das Gleichgewicht der Kräfte muss im Machtzentrum gewährleistet sein, damit die Interessen der Bürger gewahrt werden.

Geilenkirchner Zeitung 18. April 2009

Kommentar: Das Programm der UB-UWG ist auf der Internetseite www.ub-ueg-kreis-heinsberg.de nachzulesen. Im Kommentar wird Populismus mit Bürgernähe verwechselt.